

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Bericht zu den Aktivitäten im Jahr 2020

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

Er ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit, das vom „Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“ getragen wird.

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativ Ausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

1

Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahre 2020

Die folgenden Ereignisse und gesellschaftlichen Entwicklungen auf den Ebenen des Landes Rheinland-Pfalz, des Bundes, der Europäischen Union und im globalen Kontext haben im Jahr 2020 die Rahmenbedingungen der Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz stark beeinflusst:

Covid-19 beeinflusst Arbeitsweise und Themenschwerpunkte!

Die Corona-Pandemie, die in Deutschland Mitte März zum ersten Lock-Down geführt hat und seitdem bis zum Jahresende 2020 zu massiven Einschränkungen geführt hat, war im vergangenen Jahr prägend für die Arbeitsweise des Initiativ Ausschusses:

- Aufgrund der räumlichen Verhältnisse in der Geschäftsstelle des Initiativ Ausschusses und der Zugehörigkeit beider hauptamtlicher Mitarbeiter zu „Risikogruppen“ war seit März 2020 bis zum Jahresende ein gemeinsames Arbeiten in der Geschäftsstelle nicht möglich - jeweils mindestens ein*e Mitarbeiter*in befand sich im Berichtszeitraum im Home-Office. Durch den Aufbau der hierfür erforderlichen technischen und logistischen Infrastruktur waren die Kommunikation nach Innen und nach Außen (inkl. Erreichbarkeit) und effektives Arbeiten im gesamten Berichtszeitraum jederzeit gewährleistet.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- Veranstaltungen in Verantwortung bzw. unter Beteiligung des Initiativausschusses konnten nicht als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Durch den Erwerb entsprechender Digital-Lizenzen war es aber möglich, die Anfang 2020 für den Berichtszeitraum geplanten Veranstaltungen online anzubieten und durchzuführen.
- Die Corona-Pandemie hatte im Berichtszeitraum auch Einfluss sowohl auf die Themensetzung als auch auf die konkrete Ausgestaltung regulärer Arbeitsschwerpunkte des Initiativausschusses. Beispielhaft genannt seien Fragen des Infektionsschutzes in Gemeinschaftsunterkünften; eingeschränkte Zugänge von Flüchtlingen und Migrant*innen zu Behörden und Beratungsstrukturen; Ein- und Ausreisebeschränkungen mit Auswirkungen z.B. auf den Zugang zum Asylsystem, die Fachkräfteeinwanderung, die Durchsetzung der Ausreisepflicht und die Familienzusammenführung; Zugang zu Impfstoffen und nicht zuletzt polarisierte gesellschaftliche Debatten über die Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen und über angebliche „Treiber*innen“ der Pandemie.

Wenige gesetzgeberische Aktivitäten im Asyl- und Aufenthaltsrecht - dafür hoher Beratungs- und Fortbildungsbedarf im Hinblick auf 2019 beschlossene Restriktionen

Im Vergleich zu den Vorjahren waren im Berichtsjahr 2020 - mit Ausnahme der Verabschiedung Vorstellung eines neuen Asyl- und Migrationspakets auf europäischer Ebene und der Verlängerung der sogenannten „Westbalkanregelung“ im Bund - keine wesentlichen Eingriffe in das Asyl-, Aufenthalts- oder Staatsangehörigkeitsrecht zu verzeichnen, die Aktivitäten des Initiativausschuss (Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit) erforderlich gemacht hätten.

Gleichzeitig aber führte die Umsetzung von bereits im Jahr 2019 verabschiedeten und teilweise erst 2020 in Kraft getretenen Gesetzgebungsprojekte - insbesondere das sogenannte „Migrationspaket“ inklusive des zum 1. März 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes - zu erhöhtem Beratungs- und Fortbildungsbedarf bei Betroffenen sowie bei haupt- und ehrenamtlichen Begleiter*innen.

Das Jahr 2020 als „Bilanzjahr“ - 5 Jahre seit dem „Sommer des Willkommens“!

Fünf Jahre nach der Aufnahme einer großen Zahl von Schutzsuchenden ab dem Jahr 2015 war das Jahr 2020 ein Jahr der medialen Bilanzziehung. Für den Initiativausschuss war es ein wichtiges Anliegen, hierzu im Berichtsjahr gemeinsam mit starken Partner*innen einen Beitrag zu leisten und der seit 2015 von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen lancierten falschen Erzählung des Scheiterns eine faktenorientierte Bestandsaufnahme des Gelingens der gesellschaftlichen Integration der Flüchtlinge entgegenzusetzen. Dieses Anliegen gründete in der festen Überzeugung, dass es – insbesondere im Hinblick auf die Zukunft des Flüchtlings-schutzes in Deutschland/Rheinland-Pfalz und auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt - von zentraler Bedeutung sein wird, welche der beiden genannten Perspektiven sich im Hinblick auf die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden seit 2015 in der deutschen Gesellschaft dauerhaft und mehrheitlich durchsetzt.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Situation an den europäischen Außengrenzen und Rassismus in Deutschland - Erstarren sozialer Bewegungen vor dem Hintergrund kontroverser gesellschaftlicher Debatten!

Neben der Klimaschutzbewegung, die im Jahr 2020 aktiv geblieben ist, sind im Jahr 2020 vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse und Entwicklungen und trotz pandemiebedingt eingeschränkter Aktionsmöglichkeiten weitere soziale Bewegungen erstarkt, die teilweise extrem kontroverse gesellschaftliche Debatten insbesondere in den sozialen Medien aber auch im „analogen Raum“ erzeugt bzw. befördert haben. Konkret zu nennen sind die folgenden Bewegungen:

- **#blacklivesmatter:** Insbesondere die rassistisch motivierten Morde von Hanau am 19. Februar 2020 und der gewaltsame Tod von George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis (USA) am 25. Mai 2020, aber auch rassistische Zuschreibungen der Verantwortung für die Corona-Pandemie haben im Berichtszeitraum zu Demonstrationen und einer Debatte um Rassismus im Alltag und in den Strukturen (auch) in Deutschland und in Rheinland-Pfalz geführt.
- **#leavenoonebehind:** Die hohe Zahl von Menschen, die auch in 2020 vor den Toren und an den Rändern Europas sowie auf dem Mittelmeer auf der Suche nach Schutz und Sicherheit an der Abschottungspolitik der Europäischen Union gescheitert sind und ihr Leben verloren haben sowie menschenrechtswidrige Zustände in den Flüchtlingslagern in Griechenland und anderen Außenstaaten der Europäischen Union und insbesondere der Brand im Flüchtlingslager „Camp Moria“ am 9. September 2020 haben im Berichtszeitraum zu Demonstrationen und zu Debatten über Seenotrettung, sichere und legale Zugangswege zum Asylsystem sowie über die schnelle und unbürokratische Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz geführt.

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum darum bemüht, die Anliegen der zuvor genannten menschenrechtsorientierten sozialen Bewegungen durch Beteiligung an Aktivitäten solidarisch zu unterstützen und zugleich die kontroversen gesellschaftlichen Diskussionen zu den genannten Themen durch eigene, faktenorientierte Debattenbeiträge und Positionierungen zu versachlichen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie Rassismus, Hass und Hetze in gesellschaftlichen Diskursen auf konstant hohem Niveau!

Auch im Berichtsjahr 2020 haben rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien, Bewegungen, Strukturen und Einzelpersonen in Wort und Tat offen gegen die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft und die Unteilbarkeit von Menschenrechten agiert und agitiert: Beispielhaft hierfür genannt sei die Vielzahl von öffentlichen Kundgebungen und Auftritten rechtsextremistischer und verfassungsfeindlicher Parteien z.B. in Worms, Ingelheim und Alzey insbesondere in den Sommermonaten des vergangenen Jahres und die in den letzten 10 Jahren höchste Zahl politisch–rechts-motivierter Straf- und Gewalttaten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 (759 Straftaten, darunter 54 Gewalttaten). Gleichzeitig waren auch in 2020 in kontroversen Debatten über Themen mit Bezug zu Asyl, Migration, Integration und Schutz vor Rassismus und Diskriminierung insbesondere in „sozialen Medien“ immer wieder gruppenbezogen menschenfeindliche oder Einzelpersonen herabwürdigende Debattenbeiträge permanent präsent.

Aus dieser Gemengelage von Hass, Hetze, Gewaltbereitschaft und verrohender Debattenkultur erwächst Menschenrechtsorganisationen wie dem Initiativausschuss die Aufgabe, zu wi-

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

dersprechen, Solidarität mit den Betroffenen zu üben und durch geeignete Instrumente (Debattenbeiträge, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen) die Relevanz von Menschenrechten und demokratischen Werten immer wieder deutlich zu machen und für sie zu werben.

Vorwahljahr 2020: Die Wahlen in Rheinland-Pfalz werfen ihre Schatten voraus! Gespräche mit den Parteien und Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen

Der Blick im Berichtsjahr 2020 ging auch voraus auf die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 24. März 2021, eine von voraussichtlich sechs Wahlen auf der Landes- und Bundesebene im Superwahljahr 2021.

Für den Initiativausschuss bedeutete das im Berichtsjahr, frühzeitig vor der Erarbeitung der Wahlprogramme das Gespräch mit Parteivertreter*innen zu suchen und dafür zu werben, darin asyl- migrations- und integrationspolitische Maßnahmenvorhaben zu verankern, die auf Gleichberechtigung und Solidarität abzielen. Im letzten Quartal 2020 ging es dann darum, Wahlprogramme auf ihre Inhalte hin zu prüfen, mit entsprechenden Fragen an die Parteien heranzutragen und gegenüber der interessierten Öffentlichkeit diesbezüglich Informationsarbeit zu leisten.

Die zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz professionalisiert sich!

Das Berichtsjahr 2020 war das Jahr, in dem sich die bisher merkmalsübergreifend nur lose im „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ zusammengeschlossenen Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz dazu entschlossen haben, ihre Arbeit zu professionalisieren und ihr eine rechtlich verbindliche Struktur zu geben. Es wurde ein dementsprechender Prozess eingeleitet, der im Herbst 2020 mit Unterstützung des Ministeriums für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz startete und im Jahr 2021 andauert.



Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2020

Vor dem Hintergrund der vorangestellten Entwicklungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um „Asyl, Migration und Integration“ zu initiieren und zu versachlichen, haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren und den Ausbau vor Strukturen voranzutreiben, die sich für die Belange und Interessen von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiographie einsetzen. Hierzu hat er:

- *Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Dabei lag der Scherpunkt - abgestimmt auf die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthaltes - auf der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;*
- *Bündnis-, Presse-, Öffentlichkeits-, Informationsarbeit geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um „Asyl und Migration“ zu initiieren und zu versachlichen. Mit Blick auf die oben geschilderten Entwicklungen lagen im Jahr 2020 Schwerpunkte auf den Fragestellungen „Auseinandersetzung mit Rassismus“, „Öffnung sicherer und legaler Zugangswege für Schutzsuchende nach Rheinland-Pfalz durch eigenverantwortliche Landesaufnahme“, „Verbesserung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz“ sowie*

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

„Besondere (Schutz-)Bedarfe von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiographie in und nach der Pandemie“.

- über Gremien- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen geworben und versucht, gesellschaftliche Debatten hierzu zu initiieren und zu versachlichen.

Im Einzelnen sei verwiesen auf:

1. Beratung und Qualifizierung von Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für Migrant*innen und Flüchtlinge engagieren

Die Planung und Durchführung eigener (Fortbildungs-)Veranstaltungen und die inhaltliche und/oder organisatorische Beteiligung an (Fortbildungs-)Veranstaltungen externer Partner war auch im Berichtsjahr ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses. Die im Folgenden in diesem Kapitel beschriebenen Einzelmaßnahmen zielten darauf ab, haupt- und ehrenamtlich in der Migrations- und Asylarbeit aktive Personen und Menschen, die im Rahmen ihrer übergreifenden Tätigkeit mit Belangen von Migrant*innen und Flüchtlingen befasst sind, zu stärken, weiter zu qualifizieren und zu unterstützen.

1.1. Fortbildungen zum Asylverfahrens-, Asyl-, Aufenthalts- und Sozialleistungsrecht

Der Initiativausschuss hat im Berichtsjahr auf die Qualifizierungsbedarfe von Einrichtungen reagiert, in denen Menschen sich haupt- oder ehrenamtlich für die Rechte und Belange von Flüchtlingen engagieren. Die Qualifizierungsangebote des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2020 im Einzelnen:

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter*in	Thema	Zielgruppe	Dauer	Wer
1	26.02	Bodenheim	Kulturbuntes Bodenheim	Aktuelle Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrechts	Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	zweistündig	ACB
2	04.03	Speyer	Diakonisches Werk Pfalz	Niederlassungserlaubnis & Einbürgerung	Hauptamtliche Berater*innen des Diakonischen Werk Pfalz	ganztägig	ACB
3	10.03	Ingelheim	Kommunale Flüchtlings- und Ehrenamtskoordination Landkreis Mainz-Bingen	„Migrationspaket“ & verbleibende Spielräume	Flüchtlingskordinator*innen	zweistündig	ACB/TJ
4	11.03	Mainz	Initiativausschuss	Kurzübersicht „Duldung light“, Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung; Niederlassungserlaubnis & Einbürgerung	Multiplikator*innen	60 Minuten	ACB

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

5	06.05	Online	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum Mainz	Ausländer- und Flüchtlingsrecht	Ausländische Sozialarbeiter*innen im Rahmen der staatl. Anerkennung	vormittags	ACB
6	19.06	Online	DRK Bitburg-Prüm	Spurwechsel	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	dreistündig	ACB
7	30.06	Boppard	Kommunalakademie	Asylverfahrensrecht - Aufenthaltsrechtliche Situation von Flüchtlingen	Mitarbeiter*innen kommunaler Verwaltungen & Beratungsstellen Wohlfahrtsverbände	ganztägig	ACB
8	22.10	Online	DRK Bitburg-Prüm	Niederlassungserlaubnis & Einbürgerung	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung	dreistündig	ACB
9	05.11	Online	Demokratietag RLP	Demokratie heißt Menschenrechte für Alle	Teilnehmer*innen Demokratietag/interessierte Öffentlichkeit	einstündig	ACB
10	11.11	Online	Initiativausschuss	„Migrations- und Asylpakt“ der Europäischen Kommission	Multiplikator*innen	45 Minuten	ACB
11	26.11	Online	DRK Bitburg-Prüm	Fachkräfteeinwanderungsgesetz	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsunterstützung und -beratung & andere Akteur*innen im Bereich Arbeitsmarktintegration	dreistündig	ACB



ACB – Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin | TJ – Torsten Jäger, Geschäftsführer

1.2. Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in Einzelfällen

Der Initiativausschuss hat auch im Jahr 2020 eine Art „Back-Office-Funktion“ für Menschen wahrgenommen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie beraten und begleiten. Sie wurde immer dann in Anspruch genommen, wenn Beratende vor Ort in einer konkreten Beratungssituation bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Der inhaltliche Schwerpunkt der Beratungstätigkeit lag auf Entwicklungen im Hinblick auf die Umsetzung des

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

im Sommer 2019 beschlossenen und mehrheitlich in Kraft getretenen sogenannte Migrationspakets auf Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Ausreisepflicht (Abschiebeanordnungen, Abschiebehaft, Abschiebungen, Rückkehrförderung), mit Passbeschaffung und Identitätsklärung sowie mit der sogenannten „Duldung light“ bei ungeklärter Identität. Wichtige aufenthaltsrechtliche Themen waren zudem Fragen nach dem Zugang zu Bleiberechtsregelungen und - vor dem Hintergrund der großen Zahl von aufgenommenen Flüchtlingen im Jahr 2015/16 - Fragen zur Aufenthalts-Verfestigung (Niederlassungserlaubnis/Einbürgerung) von Personen mit einem Schutzstatus. Ergänzend gab es hohes Beratungsaufkommen im Hinblick auf die Pandemie im Hinblick auf die Unterbringung von Flüchtlingen (Teilhabe und Infektionsschutz) sowie zur rechtlichen und individuellen Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen.

Der Umfang und die Intensität solcher „Berater*innen-Beratungen“ waren auch im Berichtsjahr 2020 sehr unterschiedlich. Sie reichten von kurzen Hinweisen auf relevante Gesetzestexte bis zu zeitintensiven Gesprächen, umfangreichen Recherchen und Rücksprachen mit Dritten (z.B. zuständigen Behörden). Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung insbesondere in Fällen ausreisepflichtiger Personen, deren Ausreise dringende humanitäre Gründe entgegenstehen, war im Berichtszeitraum auch die Informationsarbeit zur Härtefallkommission des Landes Rheinland-Pfalz und die Vermittlung an Mitglieder der Kommission. Im Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses wirken insgesamt drei Personen mit, die diesem Gremium – jeweils in Vertretung ihrer eigenen Organisation – angehören.

Die Beratung und Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen in schwierigen Einzelfällen diente auch in 2020 einerseits unmittelbar den Beratenden und den von ihnen beratenen Personen und mittelbar der Konzeptentwicklung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten. Zudem waren die in der einzelfallbezogenen Beratungsarbeit erworbenen detaillierten Erkenntnisse über die Anwendungspraxis gesetzlicher Vorschriften und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Ausländer*innen eine wichtige Voraussetzung, um kompetente Kritik an Vorschriften bzw. Gesetzesvorhaben formulieren und Änderungsvorschläge unterbreiten zu können.

Im Berichtszeitraum wurden aus Beratungserfahrungen heraus mehrfach Vorschläge und Interventionen abgeleitet, die dem Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz oder den für Integration zuständigen Landtagsmitgliedern in den Fraktionen mit dem Ziel zugetragen wurden, eine Änderung der praktischen Anwendung gesetzlicher Vorgaben zu erreichen.

Telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2020 über 1.250 solcher Beratungsmaßnahmen durchgeführt.

1.3. Erarbeitung und Bereitstellung von Arbeitshilfen für Haupt- und Ehrenamtliche

Im Berichtszeitraum veröffentlichte der Initiativausschuss insgesamt zwei Arbeitshilfen für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Unterstützer*innen, die darum bemüht waren, einzelne und immer wiederkehrende Fragen aus Einzelfallberatungen aufzugreifen und so zu beantworten, dass die Angehörigen der Zielgruppe eine erste Orientierung erhalten. Die Arbeitshilfen sollten dazu in die Lage versetzen, Handlungsspielräume erkennen und gegenüber den zuständigen Behörden in konkreten Einzelfällen auf die Nutzung dieser Handlungsspielräume drängen zu können. Eine weitere und vertiefende Beratung im konkreten Einzelfall konnten und wollten sie nicht ersetzen:

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **Arbeitshilfe 1** (gemeinsam mit dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.): „Hinweise zur Umsetzung des Migrationspaketes: Aufenthaltsdauer in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende in Rheinland-Pfalz (AfA)“ – Erschienen im Juni 2020.
- **Arbeitshilfe 2:** „Fact-Sheet - Einbürgerung in Rheinland-Pfalz“ – Erschienen im Dezember 2020.

1.4. An die Landesregierung adressierte Stellungnahmen

Der Initiativausschuss hat im Berichtszeitraum gegenüber der Landesregierung – konkret gegenüber dem Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz – zwei ausführliche Stellungnahmen zu Maßnahmenvorhaben und Gesetzesvorhaben abgegeben. Hierbei handelte es sich um

- eine Stellungnahme zu der auf Bundesebene betriebenen und der Zustimmungspflicht durch den Bundesrat unterliegenden sogenannten „Westbalkanregelung“, die Zugangswege in den Arbeitsmarkt für Personen aus den „Westbalkanstaaten“ (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) vorsieht, die die Anforderungen an die Fachkräfteeinwanderung nicht oder noch nicht erbringen können.
- eine Stellungnahme im Rahmen der Weiterentwicklung der „Strategie Vielfalt“ der rheinland-pfälzischen Landesregierung (siehe hierzu den Berichtspunkt „Aktivitäten des Initiativausschusses im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies RLP“ im weiteren Verlauf dieses Berichtes)

2. Aufbau eines rheinland-pfälzischen Kampagnenbündnisses für die Landesaufnahme von Schutzsuchenden und Flüchtlingen

Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats benötigen zu Beginn des Berichtjahres etwa 1,4 Millionen besonders verletzte Flüchtlinge dringend einen Aufnahmestaat. In Libyen, dem Libanon und anderen Staaten, wo sie sich bis heute unter verheerenden Bedingungen in Lagern aufhalten müssen, sind ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Sicherheit und ihre Gesundheit in konkreter Gefahr. Besonders betroffen von dieser Situation sind

- Flüchtlinge, die selbst oder deren Angehörige Folter oder Gewalt erfahren haben;
- Flüchtlinge, die dringend auf medizinische Behandlung angewiesen sind;
- Frauen, die alleine oder mit ihren minderjährigen Kindern auf der Flucht sind;
- Familien mit heranwachsenden Kindern, die besonderen Risiken ausgesetzt sind und
- unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Den Versuch, den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern zu entkommen, bezahlen viele von ihnen mit dem Leben. Allein im Jahr 2019 sind fast 2.000 Flüchtlinge im Mittelmeer auf der Suche nach Schutz ertrunken, weil die staatliche europäische Seenotrettung schon vor Jahren eingestellt wurde. Im Berichtsjahr 2020 waren es dokumentiert mindestens 1.200.

Für diejenigen, die von zivilgesellschaftlichen Seenotrettern vor dem Ertrinken bewahrt werden, fand und findet sich in Europa kaum ein Land, das zur Aufnahme bereit ist. Wer es trotz aller Gefahren ans europäische Festland schafft, wurde und wird weiterhin in völlig überfüllten Lagern in Griechenland, Malta oder Italien sich selbst überlassen oder ohne jede Perspektive auf der sogenannten Balkanroute festgesetzt.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Weil diese Situation unter humanitären Gesichtspunkten nicht hinnehmbar und einer den Menschenrechten verpflichteten Europäischen Union unwürdig war und ist, hat der Initiativausschuss im Frühjahr 2020 ein breites Kampagnenbündnis für die Landesaufnahme von Flüchtlingen in Not geschmiedet. Ihm gehörten neben dem Initiativausschuss folgende Organisationen an: Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz, das Katholische Büro Mainz, der DGB RLP/Saarland, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in RLP sowie die Seebrücke, der Verein Resqship e.V., der AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP, „Aktiv für Flüchtlinge RLP“ und Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.

Das Bündnis veröffentlichte am 28. April 2020 einen von über 50 Flüchtlingsinitiativen, Beratungsstellen, Vereinen und Verbänden unterzeichneten Appell „Weil Solidarität und Menschlichkeit es gebieten – Landesaufnahme jetzt!“. Darin wurde die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu aufgefordert,

- sofort ein eigenes und dauerhaftes Landesaufnahmeprogramm aufzulegen, über das jährlich 1.000 besonders verletzte Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Libyen, dem Libanon und anderen Erstaufnahmeländern aufgenommen werden können und
- durch konkrete und verbindliche Aufnahmezusagen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, in erheblicher Zahl Schutzsuchende in Not aufzunehmen, die aus Seenot gerettet werden oder in Flüchtlingslagern in Griechenland und anderen europäischen Staaten unter erbärmlichen Lebensbedingungen ausharren.

Eine den Appell flankierende Online-Petition wurde bis September 2020 von über 2.600 Rheinland-Pfälzer*innen unterzeichnet. Die Unterschriften wurden der rheinland-pfälzischen Integrationsministerin Anne Spiegel am 22. September 2020 im Rahmen eines Gesprächs zur aktuellen Situation insbesondere nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos sowie zu der Forderung nach der Landesaufnahme von Flüchtlingen übergeben.

Die Kampagne für Landesaufnahme von Flüchtlingen wurde vom Initiativausschuss seit April 2020 mit aktiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Beteiligung an Kundgebungen und Mahnwachen sowie durch Gespräche mit politisch Verantwortlichen flankiert, siehe hierzu jeweils in den Übersichten zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zur Mitwirkung an Kundgebungen und zu Gesprächen mit Politiker*innen im weiteren Verlauf dieses Berichtes. Die im Herbst 2020 erfolgte Bereitschaftserklärung der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur überquotalen Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie der Beitritt mehrerer rheinland-pfälzischer Kommunen zum Bündnis „Sicherer Hafen“ verbucht die Kampagne, deren Inhalte der Initiativausschuss über den Berichtszeitraum hinaus bis heute verfolgt und unterstützt, als wichtige Teilerfolge.

Im Hinblick auf die Forderung nach einem Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Erstaufnahmestaaten war der Initiativausschuss maßgeblich mitbeteiligt an der Vorbereitung und Durchführung eines Austauschs zwischen dem rheinland-pfälzischen Integrationsministerium (Staatssekretärin Dr. Rohleder), der Vertretung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland (kommissarischer Leiter Uwe Remus) sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen (Diakonie in RLP, Flüchtlingsrat RLP und Initiativausschuss), das am 28. Oktober 2020 stattfand.

Der Initiativausschuss hat sich zudem im Berichtsjahr 2020 immer wieder Aktivitäten der Seebrücke Mainz und der Seebrücke Rheinland-Pfalz und in diesem Rahmen in mehreren Kundgebungen (siehe das entsprechende Berichtskapitel) der Forderung nach schneller und unbürokratischer Aufnahme von Flüchtlingen in der Verantwortung des Landes angeschlossen.

3. „Bilanzjahr 2020“ - 5 Jahre seit dem „Sommer der Flucht“

Seit Beginn und vermehrt ab Mitte des Berichtsjahres wurden an den Initiativausschuss Presseanfragen mit der Bitte um eine integrationspolitische Bilanzierung der 5 Jahre herangetragen, die seit der Aufnahme von fast 1,2 Million Schutzsuchenden insbesondere aus Syrien in Deutschland von Sommer 2015 bis Frühjahr 2016 vergangen sind. Nachdem sich parallel zu dem bestehenden Medieninteresse immer deutlicher abzeichnete, dass rechtspopulistische, rechtsextreme und flüchtlingsfeindliche Kräfte den 5. Jahrestag des „Sommers des Willkommen“ nutzen wollten, um den seinerzeitigen humanitären Akt der Aufnahme von Menschen in Not durch Angst- und Untergangsszenarien und durch Erzählungen des Politikversagens und des Integrationsmisslingens zu diskreditieren, hat der Initiativausschuss sich mit der Diakonie Hessen und der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL starke Partner*innen gesucht und gemeinsam mit ihnen unter der Überschrift „#offengeht“ eine sachliche Bilanz des Integrationsgeschehens seit 2015 gezogen und dabei sowohl die Erfolge als auch (die Ursachen für) verbleibende Herausforderungen benannt. Die Erklärung „#offengeht“ wurde schlussendlich von mehr als 50 bundes- und landesweiten Organisationen unterstützt.

Sie hat Eingang in die mediale und gesellschaftliche Debatte über die Erfolge und Misserfolge der letzten fünf Jahre gefunden und sie nachhaltig mitgeprägt. Flankiert haben Diakonie Hessen, PRO ASYL und der Initiativausschuss die Erklärung durch eine Reihe von Statements, Wortbeiträgen und Videos in den sozialen Medien, in denen Flüchtlinge sowie haupt- und ehrenamtliche Unterstützer*innen jeweils subjektiv Bilanz gezogen und den Erfolgen auch die verbleibenden Herausforderungen gegenübergestellt haben.

Dem Ziel der Versachlichung der Debatte um die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden seit dem Jahr 2015 diente auch eine pandemie-bedingt online durchgeführte vierteilige Veranstaltungsreihe, die der Initiativausschuss im Berichtszeitraum zusammen mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz der Heinrich-Böll-Stiftung sowie mit dem AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP und „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ durchgeführt hat. Vom 28. September bis zum 6. Oktober 2020 wurden unter der Überschrift „5 Jahre Sommer des Willkommens – Was wurde geschafft? Wie geht es weiter?“ zunächst drei „Regional-Workshops“ mit jeweils ca. 20 Teilnehmer*innen durchgeführt. Sie befassten sich

- am Beispiel Koblenz mit Fragen der Integration im urbanen Raum und dem Schwerpunkt der Arbeitsmarktintegration;
- am Beispiel des Landkreises Trier-Saarburg mit Fragen der Integration im ländlichen Raum und dem Schwerpunkt ehrenamtliches Engagement und Kooperation zwischen Ehrenamt, Hauptamt und Verwaltung;
- am Beispiel der Stadt Ingelheim mit Fragen der Integration in Mittelstädten und dem Schwerpunkt Bildung und Teilhabe.

Die Ergebnisse dieser Workshops setzten den Rahmen für eine Abschlussveranstaltung, in der Dr. Olaf Kleist (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung) am 6. Oktober 2020 eine Bilanz seit 2015 zog und Integrationsministerin Anne Spiegel, Pfarrer Albrecht Bähr (Diakonie in RLP) und Andreas Lipsch (Vorsitzender Stiftung PRO ASYL) auf dieser Grundlage anschließend diskutierten. Ca. 100 Teilnehmer*innen verfolgten beide Veranstaltungsteile live, ca. 300 weitere im Anschluss an die Veranstaltung auf dem YouTube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ebenfalls der Bilanzziehung der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2015 widmete sich – aus rheinland-pfälzischer Perspektive – ein Beitrag

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

des Geschäftsführers des Initiativausschusses in der von „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“ herausgegebenen Schrift anlässlich des 5-jährigen Bestehens des Projekts in der Trägerschaft des AK Asyl –Flüchtlingsrat RLP e.V.

4. Aktive Arbeit gegen Rassismus

Im Berichtsjahr 2020 wurde die gesellschaftliche Debatte über individuellen und strukturellen Rassismus und seine Folgen für die Betroffenen und die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen durch mindestens zwei schreckliche Ereignisse forciert: Durch die rassistischen Morde von Hanau, bei denen der Täter neun Menschen aus rassistischen Motiven erschossen und weitere verletzt hat sowie durch den gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd, der am 25. Mai 2020 bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis (Minnesota, USA) unter dem Knie eines Polizisten qualvoll erstickte. In der Folge beider Ereignisse erstarkten sowohl auf der Straße als auch in den sozialen Medien zivilgesellschaftliche Bewegungen, die die Auseinandersetzung mit Rassismus auch vor unserer Haustür und in unserem Land einforderten. Zugleich versuchten an vielen Orten in Rheinland-Pfalz rechtsextreme Parteien und Bewegungen, mit rassistischen und gruppenbezogen menschenfeindlichen Positionen und Parolen durch Kundgebungen und Demonstrationen sichtbar zu werden.

Der Initiativausschuss hat sich an den Debatten um Rassismus und seine Folgen sowie an Aktivitäten zu seiner Überwindung durch Kooperation und durch das sichtbare Beziehen von Positionen intensiv beteiligt. Beispielhaft genannt seien an dieser Stelle:

- die Erklärung „*I can't breathe*“ - In einem System von Rassismus bleibt Vielen wenig Luft zum Atmen“, die der Initiativausschuss am 17. Juni 2020 anlässlich des gewaltsamen Todes von Georg Floyd veröffentlicht hat.
- der Aufruf zu Gegendemonstrationen gegen den von der NPD ausgerufenen „Tag der deutschen Zukunft“ am 6. Juni 2020 in Worms sowie der Redebeitrag des Initiativausschusses bei einer der gegen den NPD-Aufmarsch gerichteten Gegendemonstrationen.
- die intensive Mitarbeit (aktive Teilnahme an insgesamt fünf diesbezüglichen Vorbereitungsveranstaltungen der Landesregierung, Input bei einer Podiumsdiskussion der Landesregierung, Textarbeit) des Initiativausschusses an dem Prozess der Erarbeitung des „Landesaktionsplans gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, der vom Ministerrat im November 2020 beschlossen wurde und seitdem umgesetzt wird. Der Geschäftsführer des Initiativausschusses ist von der Landesregierung berufenes Mitglied im Beirat zu dem Landesaktionsplan.
- die aktive Unterstützung der Kampagne „Miteinander gut leben - Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“, die die Landesregierung zu Anfang des Berichtsjahrs ins Leben gerufen hat und sich insbesondere gegen Hasskommentare und Hasspostings in den sozialen Medien richtet hat.
- die Bitte an die demokratischen Parteien im Landtag Rheinland-Pfalz sowie an die Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2021 Fragen zum Themenkreis „Bekämpfung von Rassismus“ und zu ihren diesbezüglichen Maßnahmenvorhaben in der neuen Legislaturperiode zu beantworten (siehe diesbezüglichen Berichtspunkt).

Als Reaktion auf die rassistischen Morde von Hanau am 19. Februar 2020 veranstaltete der Landesbeirat für Migration und Integration auf Antrag des Initiativausschusses am 26. November 2020 einen Fachtag zum Thema „Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“. Der Initiativausschuss war an der inhaltlichen Organisation und Ausgestaltung aktiv beteiligt (siehe hierzu im

Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Berichtspunkt „Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene“ das Kapitel „Landesbeirat für Migration und Integration“).

5. Aktivitäten des Initiativsausschusses im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies RLP

Im Jahr 2020 lag ein Schwerpunkt der Arbeit des Initiativsausschusses auf Kooperationen im Rahmen des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP), das seit 2010 als loser Zusammenschluss landesweiter Organisationen fungierte, die merkmalsübergreifend im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) für Gleichbehandlung, Solidarität und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung engagiert sind. Das Netzwerk hat sich im Berichtsjahr auf den Weg zu seiner Professionalisierung und zu seiner Verrechtlichung als eingetragener Verein gemacht. Der Initiativsausschuss hat diesen noch andauernden Prozess im Berichtsjahr maßgeblich mitgestaltet. Der Geschäftsführer des Initiativsausschusses ist zugleich auch Mitglied der Koordinierungsgruppe des NdRLP. Im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies RLP hat der Initiativsausschuss u.a. maßgeblich mitgewirkt an

- einer von der Antidiskriminierungsstelle des Landes erbetenen umfangreichen Stellungnahme zur Weiterentwicklung der „Strategie Vielfalt“ der rheinland-pfälzischen Landesregierung.
- Gesprächen mit den Spitzenkandidat*innen und (Fraktions-)Vorsitzenden der demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz mit Blick auf Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung nach der Landtagswahl im März 2021. Konkret geführt wurden die folgenden Gespräche:
 - Gespräch mit Frau Misbah Khan und Herrn Josef Winkler (Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in RLP) am 12. August 2020;
 - Gespräch mit Herrn Hendrik Hering, MdL und Präsident des Landtages am 5. November 2020;
 - Gespräch mit Frau Melanie Wery-Sims (Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2021) am 23. September 2020;
 - Gespräch mit Herrn Christian Baldauf, MdL und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion am 29. September 2020;
 - Gespräch mit Frau Daniela Schmidt (Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium und FDP-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021) und Herrn Phillip Fernis (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) am 28. Oktober 2020;
 - Gespräch mit Alexander Schweitzer, MdL und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion am 18. November 2020.
- einem Gespräch mit der Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz, Frau Sabrina Kunz, über ein anzustrebendes Landesgleichbehandlungsgesetz nach der Landtagswahl. Das Gespräch fand am 11. Dezember 2020 statt.
- der Organisation und Durchführung eines Hearings zur Landtagswahl mit Spitzenvertreter*innen von SDP, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zum Thema „Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz“ am 2. November 2020;
- der Durchführung von Maßnahmen zur Professionalisierung und Verrechtlichung (eingetragener Verein) des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz. In diesem Rahmen wurde im Berichtszeitraum am 17. Dezember 2020 ein ganztägiger Workshop durchgeführt, bei dem u.a. die Bereitschaft der bisherigen Mitglieder des Netzwerks zur Gründung eines Vereins erfragt, eine Roadmap zur Gründung eines eingetragenen Vereins verabschiedet und innerhalb des Netzwerkes Zuständigkeiten für die nächsten erforderlichen Schritte zugeordnet wurden;

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- den regelmäßigen Treffen des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz und der Koordinierungsgruppe im Berichtszeitraum;
- der Vorbereitung und Durchführung eines Austauschs mit der Staatssekretärin im Integrationsministerium Rheinland-Pfalz, Frau Dr. Christiane Rohleder, anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz am 9. November 2020.

Zudem hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum die Bitte an die demokratischen Parteien im Landtag Rheinland-Pfalz sowie an die Partei DIE LINKE herangetragen, zur Landtagswahl 2021 Fragen zum Themenkreis „Gewährleistung von Diskriminierungsfreiheit in Rheinland-Pfalz“ und zu den von ihnen geplanten diesbezüglichen Maßnahmenvorhaben in der neuen Legislaturperiode zu beantworten (siehe diesbezüglichen Berichtspunkt).

6. Aktivitäten mit dem Ziel der Demokratieförderung

Auch im Berichtsjahr 2020 wurden fundamentale Grund- und Menschenrechte und Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die unter anderem und insbesondere in unserem Grundgesetz fest verankert sind, von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen – vor allem im Hinblick auf die Rechte schutzsuchender Menschen – aber auch aus der Mitte der Gesellschaft offen in Frage gestellt. Der Initiativausschuss hat sich dieser Herausforderung, die eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den gesellschaftlichen Frieden darstellt, u.a. durch folgende Maßnahmen gestellt:

- Fünfteilige Veranstaltungsreihe „In guter Verfassung? – 71 Jahre Grundgesetz und 101 Jahre Weimarer Reichsverfassung. Ein Kooperationsprojekt von Initiativausschuss, Landesverband der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz und Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim. Das Projekt in Trägerschaft des Landesverbandes der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz wurde vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur gefördert. Die Projektförderung ging ausschließlich an den Projektträger, der Initiativausschuss hat durch die Kooperation keinerlei Einnahmen erzielt.

Mit unterschiedlichen Fachvorträgen und Diskussionsrunden zu aktuellen gesellschaftspolitisch relevanten Themen im Hinblick auf Verfassungsgrundsätze und Verfassungswirklichkeit wurde den Teilnehmer*innen die Möglichkeit zu aktiver Teilhabe an gesellschaftlichen Diskussions- und Partizipationsprozessen gegeben. In den Vorträgen erhielten sie Orientierungswissen, lernten sie unterschiedliche Ansichten zu kontroversen Themen kennen und hatten sie in anschließenden Frage- und Diskussionsrunden die Möglichkeit eigene Positionen zu vertreten und Argumente auszutauschen.

Im Einzelnen durchgeführt wurden mit einer Teilnehmer*innenzahl jeweils zwischen 20 und 50 Personen die folgenden Veranstaltungen:

- 24. September 2020: „Freiheit vor Sicherheit? Sicherheit vor Freiheit? - Das Verhältnis zweier Güter im Lichte des Grundgesetzes“ (Gesprächspartner*innen: Ministerin Anne Spiegel, Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz und Maximilian Pichl, Universität Kassel).

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- 08. Oktober 2020: „Politisch Verfolgte genießen Asyl! - Geschichte und Zukunft eines nicht mehr wiederzuerkennenden Grundrechts“ (Gesprächspartner: Karl Kopp, Pro Asyl und Prof. Dr. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.).
 - 29. Oktober 2020: „Niemand darf benachteiligt werden! - Wie steht es um Menschenwürde, Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz im Jahr 2020?“ (Referentin: Prof. Dr. Beate Küpper, Hochschule Niederrhein - anschließende Gesprächsrunde mit Gifty Amo Antwi, Unterwegs für eine gerechte Welt e.V. - Weltladen Unterwegs und Joachim Schulte, QueerNet RLP und Netzwerk diskriminierungsfreies RLP).
 - 12. November 2020: „'Vor Gott und der Welt' - Die Rolle der Religionsgemeinschaften in der Vielfaltsgesellschaft“ (Referent: Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Universität Erlangen-Nürnberg – anschließende Gesprächsrunde mit Dr. Peter Waldmann, Jüdische Gemeinde Mainz, Dr. Hüseyin Kurt, Kommunale Ausländer*innenvertretung Frankfurt am Main und Pfarrer i.R. Peter Oldenbruch).
 - 03. Dezember 2020: „Schiedsrichter ohne Agenda? - Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in der Gewaltenteilung gestern, heute und morgen“ (Referent: Dr. Christian Rath, Rechtspolitischer Korrespondent).
- Im Berichtsjahr hat sich der Initiativausschuss dem Rheinland-Pfalz-weiten, von der Landesregierung koordinierten Bündnis „Demokratie gewinnt“ angeschlossen und als neues Mitglied aktiv (Präsentation und Vortrag [s. unter Punkt „Beratung- und Qualifizierung von Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für Migrant*innen und Flüchtlinge engagieren“ dieses Berichtes]) am „Demokratietag Rheinland Pfalz“ (Online vom 4. bis 6. November 2020) teilgenommen.
 - Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz hat der Geschäftsführer des Initiativausschusses darüber hinaus zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 in einem Podcast im Rahmen der Reihe „Denkanstoß Demokratie“ über aktuelle Entwicklungen und demokratiegefährdende Tendenzen im Umgang mit Flüchtlingen in Land, Bund und der EU gesprochen, deren Menschenrechte von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen, aber auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus zunehmend zur Disposition gestellt werden. Der Podcast ist abrufbar unter <https://www.politische-bildung.rlp.de/wir-ueber-uns/podcast>.

7. Aktivitäten im Hinblick auf die Landtagswahl 2021

Neben den diesbezüglichen Aktivitäten im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (siehe im dortigen Berichtspunkt) hat der Initiativausschuss mit Blick auf die Landtagswahlen am 14. März 2021 die folgenden weiteren Aktivitäten entfaltet:

- U.a. im Hinblick auf die Ausgestaltung ihrer Wahlprogramme wurden den demokratischen Parteien im Landtag und der Partei DIE LINKE Gesprächsangebote unterbreitet, auf die die Landtagsfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen positiv reagiert haben. In der Folge fanden statt:
 - Gespräch mit der migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Katharina Binz, MdL am 21. Oktober 2020
 - Gespräche mit der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der SPD-Landtagsfraktion am 27. Oktober und am 4. November 2020

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- Gespräch mit der Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Frau Cornelia Willius-Senzer, am 30. November 2020.
- Im November 2020 hat der Initiativausschuss zudem mit Blick auf die Landtagswahl 2021 einen umfangreichen Fragenkatalog zu den Handlungsfeldern „Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie Gleichbehandlung der Religionen“, „Teilhabechancen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiographie“, „Integration in Bildung und Arbeitsmarkt“ sowie „Strukturelle Verankerung der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik in der Landesregierung“ erarbeitet und den demokratischen Parteien im Landtag sowie der Partei DIE LINKE mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet.

Gemeinsam mit dem AK Asyl-Flüchtlingsrat wurde zudem ein Fragenkatalog zum Thema „Landesaufnahme von Flüchtlingen“ erarbeitet und den zuvor genannten Parteien ebenfalls mit Bitte um Beantwortung zugeleitet. **Hinweis:** Die Veröffentlichung der Antworten erfolgte im Februar 2021.

8. Aktivitäten im Hinblick auf die Stärkung der Einbürgerung in Rheinland-Pfalz

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss, dessen Geschäftsführer Mitglied in dem durch das Integrationsministerium koordinierten „Steuerungskreis der Kampagne ‚Ja zur Einbürgerung!‘“ ist, an der inhaltlichen und konzeptionellen Weiterentwicklung der Kampagne mitgearbeitet und darüber hinaus die inhaltliche Planung und Durchführung einer Studie „Einbürgerungsverhalten und Einbürgerungsverfahren in Rheinland-Pfalz“ aktiv begleitet.

Er hat zudem die Verbreitung der Ergebnisse dieser vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism e.V.) durchgeführten Studie durch Presse und Öffentlichkeitsarbeit sowie insbesondere durch ein im Dezember 2020 veröffentlichtes „Fact-Sheet“ zum Thema „Einbürgerung in Rheinland-Pfalz“ aktiv unterstützt.

Das 16-seitige Fact-Sheet informiert vor dem Hintergrund der Studienergebnisse über die Rechtsgrundlagen der Einbürgerung, über die Einbürgerungszahlen der vergangenen Jahre in Rheinland-Pfalz sowie über Erkenntnisse zu der Frage, warum Rheinland-Pfälzer*innen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte sich einbürgern lassen (wollen) oder aus welchen Gründen sie davon Abstand nehmen.

9. Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene

*Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2020 hat er - über die vorangehend bereits genannten - in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:*

9.1. Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von seinem Geschäftsführer und stellvertretend von seiner rechtspolitischen Referentin im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören mehr als 50

Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

rheinland-pfälzische Organisationen und Einrichtungen an; vertreten sind neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrantenorganisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner.

Im Berichtszeitraum war der Initiativsausschuss maßgeblich an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung eines Fachtags zum Thema „Interkulturelle Öffnung von Strukturen“ beteiligt, der am 18. Januar 2020 mit ca. 100 Teilnehmer*innen in Ingelheim stattfand. Der Geschäftsführer des Initiativsausschusses organisierte und leitete einen von insgesamt vier Workshops im Rahmen der Veranstaltung. Thema war die Interkulturelle Öffnung des Sports, der Kultur und ehrenamtlicher Strukturen. Er war zudem intensiv beteiligt an der Abfassung von Handlungsempfehlungen, die aus dem Fachtag abgeleitet und an die Ressorts der Landesregierung herangetragen wurden.

Ebenfalls maßgeblich mitgewirkt hat der Initiativsausschuss an der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung des Landesbeirates zum Thema „Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“. Sie wurde als Reaktion auf die rassistischen Morde von Hanau am 19. Februar 2020 und auf Antrag des Initiativsausschusses am 26. November 2020 durchgeführt. Der Geschäftsführer des Initiativsausschusses leistete im Rahmen der Veranstaltung einen Input aus zivilgesellschaftlicher Perspektive.

An den regulären weiteren Sitzungen des Landesbeirats für Migration und Integration im Berichtszeitraum am 12. März 2020 und am 3. September 2020 hat der Initiativsausschuss aktiv teilgenommen.

9.2. Runder Tisch Islam in RLP

In Rheinland-Pfalz leben etwa 200.000 Muslime. Sie bilden damit die drittgrößte religiöse Gemeinschaft in Rheinland-Pfalz. Ihr Bedürfnis nach einem institutionalisierten Dialog zwischen der Landesregierung und Menschen muslimischen Glaubens greift die Landesregierung seit 2012 mit dem Runden Tisch Islam (RTI) auf. Am RTI sind neben religiösen Organisationen wie der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DiTiB), dem Zentralrat der Muslime und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) auch kleinere Organisationen beteiligt, die bestimmte ethnische Gruppen oder religiöse Ausrichtungen des Islam vertreten. Auch Organisationen, die sich primär nicht als religiöse Organisationen verstehen, in denen sich aber auch Muslime engagieren, sind am Runden Tisch vertreten. Dazu gehören zum Beispiel das Kompetenzzentrum muslimischer Frauen oder die Türkische Gemeinde Rheinland-Pfalz. Der Initiativsausschuss ist ständiger Gast des vom Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration geleiteten Gremiums, das vierteljährlich tagt.

Im Berichtszeitraum von besonderem Interesse und Gewicht war eine Erklärung, die der RTI am 5. November 2020 anlässlich mehrerer islamistisch motivierter Anschläge Frankreich, Dresden und Wien abgegeben hat. Der Geschäftsführer des Initiativsausschusses war an ihrer Erarbeitung beratend beteiligt und hat gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung die Unterstützung des Initiativsausschusses für die Erklärung durch ihre Unterzeichnung dokumentiert.

9.3. Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte

Das „Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung arbeiten. Sie wirken darauf hin, gleiche Rechte für alle Menschen zu schaffen, unabhängig von sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder physischer und

Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

psychischer Einschränkungen. Dem Netz gegen Rassismus gehören u.a. der Antidiskriminierungsverband Deutschland, die Aktion Courage, der AWO Bundesverband, der Bevollmächtigte des Rates der EKD, die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Deutsche Rote Kreuz, der DGB-Bundesvorstand, das Diakonische Werk der EKD, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, PRO ASYL sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Zentralrat der Muslime in Deutschland an. Das Netzwerk dient insbesondere dem Informationsaustausch und der Vernetzung der Arbeit gegen Rassismus, Intoleranz und Ausgrenzung. Dem Initiativsausschuss bietet das Netz gegen Rassismus die Möglichkeit zur frühzeitigen Informationsgewinnung im Hinblick auf bundespolitische Entwicklungen und zur Einbindung in bundesweite Diskurse, Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Der Geschäftsführer hat den Initiativsausschuss im Berichtsjahr 2020 im Netz gegen Rassismus vertreten.

9.4. Sonstige Gremien

Der Initiativsausschuss war - über die zuvor genannten hinaus - im Berichtsjahr in folgenden Gremien vertreten:

- „Steuerungskreis der Kampagne ‚Ja zur Einbürgerung!‘“ beim rheinland-pfälzischen Integrationsministerium (siehe hierzu den Berichtspunkt „Aktivitäten im Hinblick auf die Stärkung der Einbürgerung in Rheinland-Pfalz“)
- Beirat für den „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (siehe hierzu den Berichtspunkt „Aktive Arbeit gegen Rassismus“)
- Bündnis „Demokratie gewinnt“ (siehe hierzu den Berichtspunkt „Aktivitäten mit dem Ziel der Demokratieförderung“)
- „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz“

10. Beratung von Projekten – Mitwirkung in Projekten

Neben der Mitarbeit in Gremien (siehe den vorangestellten Berichtspunkt hierzu) arbeitete der Initiativsausschuss im Berichtsjahr auch intensiv an Maßnahmen und Projekten Dritter mit, die sich Gleichberechtigung und Solidarität von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte oder die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration zum Ziel gesetzt haben. Im Einzelnen:

10.1. Beirat des Projekts IN2 – „Dauerhafte Integration in ländlichen Gemeinden“

Im Rahmen eines seit 2018 von der Universität Kaiserslautern wissenschaftlich begleiteten und im Berichtsjahr abgeschlossenen Projekts „IN²“ wurden Strategien der dauerhaften Integration von Zugewanderten in ländlichen Räumen entwickelt und „im Feld“ erprobt. Ausgewählte rheinland-pfälzische Kommunen analysierten in dem Projekt gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftler*innen und Raumplaner*innen die Förder- und Hemmfaktoren für eine erfolgreiche Integration in den ländlichen Raum. Anschließend wurden identifizierte Förderfaktoren in der praktischen Arbeit aufgegriffen und Hemmfaktoren bearbeitet. Ein externer Expert*innen-Beirat begleitete das Projekt. Sein Geschäftsführer hat den Initiativsausschuss im Berichtszeitraum in diesem Beirat vertreten und an der Abschlussveranstaltung des Projekts am 22. September 2020 teilgenommen, bei der die Arbeitsergebnisse präsentiert wurden.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

10.2. Werkstattgespräche Islam in Rheinland-Pfalz

Im Berichtsjahr wirkte der Geschäftsführer des Initiativausschusses im Rahmen der „Werkstattgespräche Islam“ regelmäßig in dem hierzu eingerichteten Expert*innenkreis mit. Die Werkstattgespräche Islam in Rheinland-Pfalz waren ein an der Evangelischen Akademie der Pfalz angesiedeltes Diskursforum zu islamischem Leben in Rheinland-Pfalz. Mit dem Ziel, eine Standortbestimmung zu religiösen, rechtlichen, religions-organisatorischen und sozialen Aspekten vorzunehmen, beleuchteten sie Praxisfelder und die gesellschaftliche Verortung des Islam in Rheinland-Pfalz. Aus unterschiedlichsten Perspektiven – Religion, Wohlfahrt, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Kultur, Zivilgesellschaft – standen in regelmäßigen Gesprächsrunden von April 2019 bis Juni 2020 Inhalte zur Debatte, die sich auf islamische Lebenswirklichkeiten auswirken. Die Vielfalt des Islam und das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft gehören ebenso zum Themenspektrum wie Fragen zur Religionsausübung, religiöser Bildung und Seelsorgearbeit. Der Experten*innenkreis übergab seine Arbeitsergebnisse am 22. September 2020 der Integrationsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Anne Spiegel. Der Abschlussbericht sowie eine Projektdokumentation finden sich unter <https://www.e-pfalz.de/projekte/werkstattgespraeche-islam-in-rlp/>.

10.3. Projekt „Welcoming Spaces“

Beratend tätig war der Initiativausschuss im Berichtszeitraum auch im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten, europaweiten Forschungsprojekts zum Thema Migration. In Deutschland liegt die Trägerschaft des auf drei Jahre befristeten Projekts „*Welcoming Spaces*“ bei der Universität Siegen. Es untersucht in mehreren europäischen Ländern, ob und wie in Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, die Inklusion von Migrant*innen mit Prozessen und Versuchen der Revitalisierung dieser Regionen in Einklang gebracht wird/werden kann. Da für Deutschland Regionen in Rheinland-Pfalz und Thüringen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen, hat der Initiativausschuss auf Bitten der deutschen Trägerstruktur in mehreren Gesprächen im Berichtszeitraum die Planung und Vorbereitung des Projekts u.a. durch die kritische Würdigung des Vorhabens und durch die Vermittlung von Kontakten zu im Feld relevanten Akteur*innen möglicher rheinland-pfälzischer Projektregionen begleitet. Weitere Informationen zum Projekt „*Welcoming Spaces*“ finden sich unter www.welcomingspaces.eu.

10.4. FORTHEM-PROJEKT „Diversity and Migration Lab“

FORTHEM (Fostering Outreach within European Regions, Transnational Higher Education and Mobility) ist eines von insgesamt 17 europäischen Hochschulnetzwerken, die im Juni 2019 von der Europäischen Kommission ausgewählt wurden, um „mit Visionen den Europäischen Hochschulraum neu zu denken und mit Leben zu füllen“. In Deutschland liegt die Federführung für FORTHEM bei der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU). Sie kooperiert im Rahmen des Projekts mit sechs weiteren Hochschulen in Frankreich, Polen, Spanien, Italien, Lettland und Finnland. Im FORTHEM-Lab „Diversity and Migration“ sollen u.a. Projekte zur ganzheitlichen Gesundheitsversorgung von Migrant*innen, Forschungen zur Darstellung von Migration in den Medien und Projekte diskriminierungssensibler Bildungsarbeit vernetzt werden, um für Studierende und Lehrende neue Horizonte zu eröffnen. Der Initiativausschuss wurde im Berichtszeitraum angesprochen und um Beratung und um Mitwirkung an dem Projekt gebeten. Mehrere Gespräche hierzu im Jahr 2020 dienten der Weiterentwicklung des Projekts und mündeten in der Teilnahme des Initiativausschusses (vertreten durch Patrick Windschügl, Mitglied des Sprecher*innenkreises) in der Mitwirkung (Impulsvortrag) bei einem Online-Workshop des FORTHEM-Lab „Diversity and Migration“ zum Thema „Migration & Human Rights“

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

am 14. Januar 2021. Weitere Informationen zum FORTHEM-Lab „Migration & Diversity“ finden sich unter www.sozialethik.kath.theologie.uni-mainz.de/forthem-lab-migration-and-diversity/.

11. Lobbyarbeit / politische Gespräche

Der Initiativausschuss versteht sich als Lobbyorganisation für Asylsuchende, Flüchtlinge, Migrant*innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Er setzt sich im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhaltes für deren Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft ein. Mit diesem Ziel ist er ständig im Gespräch mit Multiplikator*innen und anderen relevanten Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie mit Vertreter*innen der Medien. Darüber hinaus sucht und pflegt er den Kontakt mit der Exekutive sowie den politisch Verantwortlichen in den demokratischen Parteien und den Parlamenten auf kommunaler Ebene sowie im Bund und im Land. Insbesondere trägt er seine Positionen regelmäßig in direkten Gesprächen mit den Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag und mit Mitgliedern der Landesregierung an politisch Verantwortliche heran. Im Jahr 2020 haben in diesem Zusammenhang – neben einer Vielzahl weiterer Gespräche mit Mitarbeitenden des Integrationsministeriums unterhalb der Leitungsebene und mit Mitarbeiter*innen der demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz sowie der Partei DIE LINKE - folgende Gespräche stattgefunden (Der Vollständigkeit halber werden an dieser Stelle auch diejenigen Gespräche aufgelistet, die bereits an anderer Stelle in diesem Bericht genannt wurden):

Integrationsministerium des Landes Rheinland-Pfalz:

- **15. Januar 2020: Gespräch mit Ministerin für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Frau Anne Spiegel (gemeinsam mit dem AK Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Abschiebungen nach Afghanistan, Bleiberechtsregelungen für langjährig geduldete Personen, Anspruch auf Rückkehrberatung nach negativem Ausgang eines Asylverfahrens, Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen.
- **30. Januar 2020: Gespräch mit dem Grundsatzreferenten des Ministeriums für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Herrn Gunther Heinisch**
Themen: Grundsätzlicher Austausch zu aktuellen Entwicklungen der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz.
- **31. Januar 2020: Gespräch mit dem Leiter des Referats „Landesaufnahmegesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und freiwillige Rückkehr“ des Ministeriums für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Elias Bender**
Themen: Aktuelle Probleme im Hinblick auf Leistungsgewährung nach AsylbLG, (überquotale) Landesaufnahme von Flüchtlingen.
- **17. Februar 2020: Gespräch mit dem Leiter der Familien-Abteilung im Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Herrn Klaus-Peter Lohest (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Weiterentwicklung der „Strategie Vielfalt“ der Landesregierung.
- **27. März 2020: Gespräch mit der Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Frau Dr. Christiane Rohleder (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Auswirkungen der Pandemie auf Schutzsuchende und Flüchtlinge (Unterbringung, Infektionsschutz, Teilhabe, Durchsetzung der Ausreisepflicht).

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **22. September 2020: Gespräch mit Ministerin für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Frau Anne Spiegel (im Rahmen des Bündnisses „Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten – Landesaufnahme jetzt!“)**
- **Thema:** Übergabe einer Petition und Austausch über Möglichkeiten der Landesregierung zur eigenverantwortlichen Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland und aus Erstaufnahmestaaten.
- **28. Oktober 2020: Gespräch mit der Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Frau Dr. Christiane Rohleder (gemeinsam mit Diakonie in RLP, Diakonie Hessen und Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
- **Thema:** Austausch zwischen Landesregierung, UNHCR und Zivilgesellschaft über Möglichkeiten der Landesregierung zur eigenverantwortlichen Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland und aus Erstaufnahmestaaten.

Parteien und Fraktionen

- **Gespräch mit der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der SPD-Landtagsfraktion am 4. Februar 2020 (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz) –**
Themen: Position des Landes RLP zur Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan und nach Syrien; Landesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Flüchtlinge in Notsituationen; Abschiebezahlen 2019 und besondere Situation einzelner Personengruppen (u.a. Familien und unbegleitete Jugendliche); Gesellschaftliche Relevanz einer „5-Jahres Bilanz“ seit dem „Sommer des Willkommens 2015“; Notwendigkeit eines Landesantidiskriminierungsgesetzes; Ausbildungssituation von Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie; Umgang mit Vielfalt an Schulen.
- **Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz, Herrn Bernhard Braun, MdL und der migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Frau Katharina Binz, MdL am 21. Oktober 2020 (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Gefährdung durch das Corona-Virus: Aktuelle Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes; Situation von Flüchtlingen auf den griechischen Inseln und Möglichkeit der Aufnahme von jungen Flüchtlingen aus Griechenland in Rheinland-Pfalz; Asylbewerberleistungsgesetz - Auswirkungen der Aussetzung von Abschiebungen/Überstellungen aufgrund der "Corona-Krise" auf Leistungsgewährung und Erfahrungen mit unzulässigen Leistungskürzungen; Rundschreiben des Integrationsministeriums zur Erteilung der Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsduldung; Position des Landes RLP zur Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan und nach Syrien; Abschiebezahlen 2019 und besondere Situation einzelner Personengruppen (u.a. Familien und unbegleitete Jugendliche); Notwendigkeit eines Landesantidiskriminierungsgesetzes; Situation von jungen Flüchtlingen in der Berufsausbildung.
- **Gespräch mit Frau Misbah Khan und Herrn Josef Winkler (Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in RLP) am 12. August 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.
- **Gespräch mit Herrn Hendrik Hering, MdL und Präsident des Landtages am 5. November 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **Gespräch mit Frau Melanie Wery-Sims (Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2021) am 23. September 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.
- **Gespräch mit Herrn Christian Baldauf, MdL und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion am 29. September 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.
- **Gespräch mit der migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Katharina Binz, MdL am 21. Oktober 2020**
Thema: Ausblick auf relevante Handlungsfelder im Bereich Asyl, Migration, Integration, Diskriminierungsschutz und Arbeit gegen Rassismus in der neuen Legislaturperiode - Erwartungen des Initiativausschusses.
- **Gespräch mit der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der SPD-Landtagsfraktion am 27. Oktober 2020 (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Landesaufnahme von Flüchtlingen; Abschiebungen: Afghanistan, Syrien, Pakistan, allgemeine Aussetzung von Abschiebungen aufgrund von Corona und Reisewarnungen; Familiennachzug: Geschwisternachzug und Anerkennung von Nachweisen am Beispiel eritreischer Flüchtlinge.
- **Gespräch mit Frau Daniela Schmidt (Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium und FDP-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2021) und Herrn Phillip Fernis (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) am 28. Oktober 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.
- **Gespräch mit der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der SPD-Landtagsfraktion am 4. November 2020 (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Bleiberechtsregelungen nach §25b AufenthG für langjährig und gut integrierte Geduldete; Auswirkungen des EU-Migrationspakts auf die asylpolitischen Handlungsspielräume auf Landesebene.
- **Gespräch mit Alexander Schweitzer, MdL und Vorsitzender der SPD-Landtagfraktion am 18. November 2020 (im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz)**
Thema: Landesantidiskriminierungsgesetz und weitere Erwartungen im Hinblick auf Diskriminierungsschutz in Rheinland-Pfalz nach der Landtagswahl 2021.
- **Gespräch mit der Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Frau Cornelia Willius-Senzer, am 30. November 2020 (gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz)**
Themen: Möglichkeiten der Landeaufnahme von Flüchtlingen; Innenministerkonferenz vom 9. bis 11. Dezember in Weimar: Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien; Auswirkungen der Pandemie auf Flüchtlinge (u.a. Unterbringung, Erfüllung von Voraussetzungen zur Erteilung von Duldungen oder Aufenthaltserlaubnissen, Rückführungsgeschehen); Schutz vor Diskriminierung, u.a. Notwendigkeit eines Landesantidiskriminierungsgesetzes/Gleichbehandlungsgesetzes; Begriff der „Rasse“ in der Landesverfassung.

12. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Stellungnahmen

Mit seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich der Initiativausschuss darum, kontroverse Debatten über die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft zu versachlichen, die Aufnahmegesellschaft für die Chancen und Herausforderung der Einwanderung zu sensibilisieren, in Politik und Gesellschaft meinungsbildend zu wirken und auf eine menschenrechtsorientierte und dem Gedanken der Gleichbehandlung verpflichteten Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz hinzuwirken. Dabei geht der Initiativausschuss insbesondere bei der Erarbeitung und Bekanntmachung von Stellungnahmen, Forderungen und Positionen vielfach Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften ein.

Im Berichtszeitraum wurden zudem über einen ca. 500 Adressen umfassenden E-Mail Verteiler ca. 600 Informationsmails zu relevanten Zahlen, Daten, Fakten, Studien und rechtlichen Entwicklungen versendet und darüber hinaus u.a. die folgenden Maßnahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt:

12.1. Pflege und Reichweitenverbesserung des Twitter-Accounts @inimigration

Seit Mai 2019 ist der Initiativausschuss auf der Plattform „Twitter“ präsent. Im Berichtszeitraum 2020 wurden über 1.250 Kurzinformationen über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen im Handlungsfeld „Asyl, Migration und Integration“ abgesetzt; der Schwerpunkt lag auf Entwicklungen und Ereignissen mit Bezug zu oder Relevanz für Rheinland-Pfalz. Mit ca. 250 „Follower*innen“ zum Jahresende und einer daraus resultierenden Reichweite von bis zu 18.000 Zugriffen/Tweet konnten die Zugriffszahlen und die Reichweite des Accounts im Berichtsjahr gegenüber 2019 mehr als verdoppelt werden. Der Twitter-Account des Initiativausschuss ist erreichbar über <https://twitter.com/inimigration>

12.2. Aufbau eines Facebook-Accounts

Der Initiativausschuss hat Ende 2019 seine Präsenz in den sozialen Medien durch die Einrichtung eines Facebook-Auftritts zusätzlich erweitert. Im Berichtszeitraum wurde der Account insbesondere dazu verwendet, auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Initiativausschusses hinzuweisen. Er stellt keinen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Initiativausschusses dar, hat sich aber mit ca. 70 Abonnet*innen zum Ende des Berichtsjahres als sinnvolle Ergänzung zu den Aktivitäten des Initiativausschusses auf Twitter erwiesen und wird daher weiterhin kontinuierlich bedient und schrittweise erweitert. Der Facebook-Account des Initiativausschuss ist erreichbar über www.facebook.com/IniMigrationRLP/

12.3. Relaunch der Homepage des Initiativausschusses

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss seine Internetpräsenz komplett überarbeitet und im November 2020 einen Relaunch seiner Homepage online gestellt. Unter der Adresse www.ini-migration.org findet sich seitdem ein auf allen mobilen Endgeräten darstellbares Informationsangebot. Neu implementiert wurden in den Internetauftritt u.a. der Twitter-Account des Initiativausschusses sowie die Möglichkeit, sich in den E-Mail-Verteiler des Initiativausschusses einzutragen.

12.4. Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Erklärungen

Im Berichtszeitraum 2020 wurden die folgenden Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Erklärungen - teilweise gemeinsam mit anderen Akteur*innen der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit auf Landes- oder Bundesebene - veröffentlicht (Veröffentlichungen, die bereits

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

an anderer Stelle dieses Berichtes genannt sind, werden an dieser Stelle der Vollständigkeit halber erneut aufgeführt):

- **06. Februar 2020:** Offener Brief von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP an den Vorsitzenden der FDP Rheinland-Pfalz
- **20. Februar 2020:** Stellungnahme des Netzwerk diskriminierungsfreies RLP zur Weiterentwicklung der "Strategie Vielfalt" der Landesregierung
- **28. Februar 2020:** Fachkräfteeinwanderungsgesetz tritt in Kraft!
- **06. März 2020:** Zum Weltfrauentag: 37 Prozent der Flüchtlinge sind Frauen und Mädchen
Initiativausschuss: Diese Tatsache anerkennen und Flüchtlingsfrauen fördern
- **20. März 2020:** Erklärung von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2020
- **06. April 2020:** Abschiebungen 2019: Rheinland-Pfalz im Ländervergleich erneut in der „Spitzengruppe“
- **28. April 2020:** Pressemitteilung - Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten: Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not – jetzt!
- **28. April 2020:** Erklärung - Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten: Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not – jetzt!
- **29. April 2020:** Trotz Corona-Pandemie: Landtag berät über Abschiebeerleichterungsgesetz! – Warum nicht über ein Landesaufnahmegesetz?
- **11. Mai 2020:** Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not: Mainzer Familie bietet Ferienhaus für Flüchtlinge aus Griechenland an
- **20. Mai 2020:** Handreichung: Hinweise zur Umsetzung des Migrationspakets – Aufenthaltsdauer
- **05. Juni 2020:** Rechtsextremer Aufmarsch am 6. Juni 2020 in Worms – Initiativausschuss und AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP: Die Zukunft ist bunt!
- **16. Juni 2020:** Innenministerkonferenz vom 17. bis 19. Juni 2020 in Erfurt – Forderung nach unbefristetem Abschiebestopp nach Syrien und sofortiger Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland
- **17. Juni 2020:** Erklärung des Initiativausschusses für Migrationspolitik in RLP: „*I can't breathe*“ – In einem System von Rassismus bleibt Vielen wenig Luft zum Atmen
- **19. Juni 2020:** Erklärung zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2020
- **02. Juli 2020:** Pressemitteilung „#offengeht – Fünf Jahre nach dem Sommer der Flucht“
- **02. Juli 2020:** Erklärung „#offengeht – Fünf Jahre nach dem Sommer der Flucht“
- **26. August 2020:** „Wir schaffen das!“ – Fünf Jahre nach großen Taten und Worten: Deutschland muss weiterhin eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen aufnehmen
- **September 2020:** 2.600 Menschen und Initiativen unterstützen Forderung nach der Landesaufnahme von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz
- **09. September 2020:** Erklärung zu dem Brand im EU-Hotspot Moria auf Lesbos (Gr) und Aufruf zur Kundgebung in Mainz
- **18. September 2020:** Initiative für Flüchtlingsaufnahme durch die Länder ohne Einvernehmen mit dem Bund scheitert im Bundesrat – Auch Rheinland-Pfalz verweigert seine Zustimmung
- **22. September 2020:** Initiator*innen übergeben Petition an die Landesregierung – Mehr als 2.600 Menschen und Initiativen unterstützen Forderung nach der Landeaufnahme von Flüchtlingen

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **Oktober 2020:** Tag des Flüchtlings 2020: Menschen & Rechte sind unteilbar – Keine Entrechtung von Flüchtlingen!
- **07. Oktober 2020:** Stellungnahme des Initiativausschusses zur geplanten Verlängerung der „Westbalkanregelung“
- **08. Oktober 2020:** „5 Jahre Sommer des Willkommens“ – Ministerin und Zivilgesellschaft ziehen Bilanz
- **04. November 2020:** Hearing zur Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz – Parteien sind zur engen Zusammenarbeit mit dem Netzwerk diskriminierungsfreies RLP bereit!
- **05. November 2020:** Erklärung des Runden Tisch Islam gegen die Anschläge in Frankreich, Dresden und Wien
- **11. November 2020:** 10 Jahre Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz – Austausch von Landesregierung und Netzwerk zur Gleichstellungsarbeit in Rheinland-Pfalz
- **02. Dezember 2020:** Wahlprüfsteine von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat RLP zur Landtagswahl 2021
- **09. Dezember 2020:** Syrien ist nicht sicher, keine Abschiebungen nach Syrien!
- **10. Dezember 2020:** Die Debatte um Grund- und Menschenrechte schließt Flüchtlinge aus! – Erklärung zum Tag der Menschenrechte
- **10. Dezember 2020:** Podcast „Denkanstoß Demokratie“ der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz zum Thema „Asylrecht und Menschenrecht“
- **11. Dezember 2020:** Menschenrechtlicher Dammbbruch – IMK lässt Abschiebestopp nach Syrien auslaufen: RLP muss in eigener Verantwortung Abschiebestopp erlassen!
- **14. Dezember 2020:** Fact-Sheet: Einbürgerung in Rheinland-Pfalz
- **14. Dezember 2020:** Der nächste Abschiebe-Charter nach Afghanistan steht vor der Tür! – „Nein zur Abschiebung in Gewalt, Pandemie und Hungersnot!“

13. Mitwirkung an Kundgebungen/Demonstrationen/Aktionen

*Im Berichtszeitraum war der Initiativausschuss darum bemüht, seine Anliegen öffentlich durch (Redebeiträge aus Anlass von) Kundgebungen auch über seine eigentlichen Zielgruppen hinaus an die interessierte Öffentlichkeit heranzutragen. Dabei wurde regelmäßig mit anderen landesweiten und/oder regional verankerten Akteur*innen kooperiert. Im Einzelnen:*

- **6. Juni 2020 in Worms:** Kundgebung gegen die NPD-Veranstaltung „Tag der Deutschen“ in Worms. Der Initiativausschuss hat sich mit einem Redebeitrag an der Kundgebung beteiligt.
- **15. Juni 2020 in Mainz:** Mahnwachen zur Innenministerkonferenz vor dem Innenministerium und dem Integrationsministerium Rheinland-Pfalz. Der Initiativausschuss hat zu beiden Mahnwachen mit aufgerufen und sich mit Redebeiträgen beteiligt.
- **20. Juni 2020 bis 25. Juli 2020 in Mainz:** Ausstellung der Mainzer Künstlerin Martina Hammel „in memoriam : für sichere fluchtwege“ im Cardabela-Buchladen. Der Initiativausschuss war Kooperationspartner der Ausstellung und hat sich mit einem Redebeitrag an der Vernissage am 20. Juni 2020 beteiligt.
- **4. September 2020 in Mainz:** Kundgebung der Seebrücke Mainz „Sichere Fluchtwege jetzt!“ – Der Initiativausschuss hat sich an der Kundgebung mit einem Redebeitrag beteiligt.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **9. September 2020 in Mainz:** Moria brennt! – holt die Menschen raus! – Kundgebung für die Evakuierung der Flüchtlingslager auf die griechischen Inseln und für eine solidarische Flüchtlingsaufnahme. Der Initiativausschuss hat zu dieser Kundgebung mit aufgerufen.
- **02. Oktober 2020 in Mainz:** Schuh- und Standaktion zum Tag des Flüchtlings des Flüchtlingsrat Mainz – Der Initiativausschuss hat sich mit einem Redebeitrag beteiligt.
- **11. Oktober 2020 in Mainz:** Kundgebung „Solidarity and Resistance“ der Seebrücke Mainz – Der Initiativausschuss hat sich an der Kundgebung mit einem Redebeitrag beteiligt.
- **10. Dezember 2020 in Mainz:** Different people – Same rights! Kundgebung zum Tag der Menschenrechte – Der Initiativausschuss hat zu dieser Kundgebung mit aufgerufen.

14. Vernetzungsarbeit

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“ aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen, sondern darüber hinaus durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

- **Plenumstreffen des Initiativausschusses**

In regelmäßigen Plenumstreffen, an denen i.d.R. zwischen 20 und 40 Personen teilnehmen, werden regelmäßig aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Berichtszeitraum 2020 haben insgesamt zwei Plenumssitzungen (11. März und 11. November 2020) stattgefunden.

- **Sprecher*innenkreis-Sitzungen des Initiativausschusses**

Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses gewährleisten zwischen den Plenumssitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerks. Ihm gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerks gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum 2020 haben insgesamt fünf Treffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden, davon vier pandemiebedingt online.

- **Regelmäßige Mitarbeit im AK Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz**

Um Synergieeffekte zu erreichen und um relevante Informationen über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben im Bereich Aufnahme und Integration von Flüchtlingen frühzeitig zu erhalten bzw. weiterzugeben, arbeitet der Initiativausschuss eng mit dem AK Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz zusammen. Über die in diesem Sachbericht bereits beschriebenen gemeinsamen Maßnahmen hinaus nehmen Vertretungen des Initiativausschusses regelmäßig an den Treffen des AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP teil. Im Berichtszeitraum 2020 fanden insgesamt vier solcher Treffen statt.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- **(Regelmäßige) Treffen mit der EKHN/Diakonie/Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege/DGB/Verband der Volkshochschulen in RLP/Fridtjof-Nansen-Akademie, UNHCR, Seebrücke Mainz, Heinrich-Böll-Stiftung und anderen**

Im Berichtszeitraum sind Vertretungen des Initiativausschusses (regelmäßig) mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen der genannten Einrichtungen und Institutionen zusammengetroffen. Die Gespräche bildeten die Grundlage für die Vorbereitung von Veranstaltungen und anderen gemeinsamen Aktivitäten sowie für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung Rheinland-Pfalz in einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern.

15. Sonstiges

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum 2020 zur Durchsetzung seiner Anliegen darüber hinaus wie folgt engagiert:

- **Mitarbeit im Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen**

Sein Geschäftsführer vertrat den Initiativausschuss im Berichtszeitraum 2020 im Beirat des Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen. Der Beirat entscheidet über Anträge auf finanzielle Förderung der juristischen Unterstützung von Asylsuchenden in ihrem Asylverfahren. Entscheidungen wurden im Berichtsjahr ausschließlich im Schriftverfahren getroffen.

16. Finanzen und Personalausstattung

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Vereins durch das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielten wir im Berichtszeitraum zudem weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;
- ✓ dem Gossner-Haus Mainz - Arbeitswelt und Gerechtigkeit e.V.;
- ✓ dem Bistum Mainz und
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 15. Juli 2021